

## Roland Krüger

---

**Betreff:**

WG: Info der BlzD CR; WG: Kampagne: Die Position der SPD in der aktuellen Debatte zur Dichtheitsprüfung



Glück gehabt.pdf  
(275 KB)



Brief SPD.pdf (63  
KB)

Liebe Mitstreiter,

Sie sollten sich aktiv beteiligen!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Bitte helfen Sie hier mit, es geht um Ihr GELD!!!!!!!!!!!!

Der Text unten ist als Brief am 18.04. an 5 Abgeordnete der SPD im Landtag gegangen (Wahlkreis Düren I und angrenzende). Leider halten SPD und Grüne bis jetzt unbeirrbar an der strikten Durchsetzung der Dichtheitsprüfung fest. Die FDP plädiert inzwischen - anders als noch im letzten Jahr - für das Niedersächsische Modell. Die CDU hält nur kleinere Veränderungen für notwendig und bleibt ansonsten bei der Prüfpflicht. Die Linke war an dem Unsinn von Anfang an unbeteiligt und kritisiert das Vorhaben unter sozialen Gesichtspunkten. Es bewegt sich etwas, aber noch zu wenig - und steter Tropfen höhlt den Stein. Am 11. Mai findet eine Beratung des NRW-Umweltausschusses statt. Bis dahin sollte die Kampagne abgeschlossen sein.

1) Bitte leiten Sie diese Mail sofort an möglichst viele Nachbarn, Freunde, Bekannte weiter von denen Sie annehmen, dass sie hierfür etwas Zeit investieren wollen. Da die Mail dabei auch mehrfach bei Ihnen ankommen kann, werden Sie nur beim ersten mal aktiv.

Bitte leiten Sie auch die beiden Anhänge weiter. (Sollten die verloren gegangen sein, finden Sie die im Netz unter [http://alles-dicht-in-nrw.de/Brief\\_SPD.pdf](http://alles-dicht-in-nrw.de/Brief_SPD.pdf) und [http://alles-dicht-in-nrw.de/Glueck\\_gehabt.pdf](http://alles-dicht-in-nrw.de/Glueck_gehabt.pdf) ). Die Kurzgeschichte führt auch den Mitbürgern, die sich nicht mit den trockenen Fakten belasten wollen, deutlich vor Augen, was die Zwangsmaßnahmen für sie bedeuten können.

2) Schreiben Sie im Laufe der nächsten Tage an den/die Landtagsabgeordnete/n der SPD in Ihrem Wahlkreis. Die Namen und Adressen finden Sie unter [http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB\\_II/II.1/Oeffentlichkeitstsarbeit/Wahlkreiskarte/wahlkreiskarte.jsp](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/II.1/Oeffentlichkeitstsarbeit/Wahlkreiskarte/wahlkreiskarte.jsp)

Schreiben Sie am besten auch die SPD-Abgeordneten der benachbarten Wahlkreise an. Herkömmlicher Brief auf Papier ist am besten und wird eher ernst genommen als eine E-Mail.

Schreiben Sie möglichst einen eigenen Text in der Einleitung und übernehmen den Text unten in Teilen oder auch insgesamt. Wenn Sie möchten, weisen Sie ggf. darauf hin, dass der Text von der Initiative "Alles dicht in NRW" stammt und Sie den inhaltlich voll und ganz unterstützen.

Grüße und vielen Dank im Voraus.

Mfg Roland Krüger

und

Werner S. Genreith  
<http://alles-dicht-in-nrw.de/>

Mustertext:

Die Position der SPD in der aktuellen Debatte zur Dichtheitsprüfung Sehr geehrte ....., der Betrieb eines (privaten) Abwasserkanals darf das Grundwasser nicht gefährden. Das ist die Aussage, zu der breite Einigkeit auch bei den Bürgern besteht und genau das muss das Ziel sein - nicht mehr und nicht weniger. Diese Feststellung ist aber etwas vollkommen anderes, als zu fordern „ein Kanal muss dicht sein“. Das beginnt damit, dass „Dichtheit“ ein dehnbarer Begriff ist. Im Ergebnis

definiert jeder nach eigenem Gutdünken und Interessenlage, was „dicht“ bedeuten soll und für die Betroffenen ist es eine Lotterie, ob die eigene Abwasserleitung als dicht begutachtet wird oder nicht. Glücklicherweise wird die Druckprüfung nicht mehr überall gefordert. Aber selbst Kamerafahrten sind regelmäßig nicht durchführbar. Die Studie der RWTH von 2004 in Köln-Höhenhaus hat festgestellt, dass fast 25% der Leitungsstränge damit nicht erreichbar sind. Nach derzeitigem Stand muss dann wieder die Druckprüfung durchgeführt werden. Dabei würde nur eine einfache Durchflussprüfung die funktionale Dichtigkeit tatsächlich feststellen können. Die aber zieht bisher niemand in Betracht. Sollte es technische Gründe dafür geben, sind die sicher lösbar angesichts erwarteter Umsätze in Höhe zweistelliger Milliardenbeträge zugunsten einer Branche – wenn man es denn will. Und so werden Millionen Bürger gezwungen, Grundleitungen unter immensem Aufwand zu sanieren, die niemals eine Gefahr für die Umwelt waren.

Welchen Albtraum das für viele Bürger bedeutet, die existentiell betroffen sind – NRWweit wird es die Größenordnung der Bevölkerung einer mittleren Stadt bedeuten – beschreibt die auf der Internetseite [http://alles-dicht-in-nrw.de/Gluck\\_gehabt.pdf](http://alles-dicht-in-nrw.de/Gluck_gehabt.pdf) eingestellte Kurzgeschichte aus Sicht eines Betroffenen. Bitte lesen Sie die einmal aufmerksam. Dann werden Sie verstehen, was schon jetzt insgesamt Tausende auf die Straße und in die Versammlungen der Bürgerinitiativen treibt. Und dabei haben erst sehr wenige Kommunen damit begonnen, die Maßnahmen durchzusetzen.

Zu kritisieren ist weiter die fehlende Grundlage für die flächendeckenden Zwangsmaßnahmen. Es ist nicht nachgewiesen und liegt bei näherer Betrachtung nicht einmal nahe, dass private Abwasserleitungen in nennenswertem Umfang das Grundwasser gefährden, vor allem gemessen an anderen Einträgen aus Düngung, Straßenverkehr, Industrie, Friedhöfen, Deponien u.v.a.m. . Frei verfügbare Studien, wie die der Universität Karlsruhe von 2002 (Forschergruppe Kanalleckage), ziehen genau diese Gefährdungslage in Zweifel. Um den gigantischen Mittelaufwand zu rechtfertigen, sollten einmal praxisrelevante Untersuchungen durchgeführt werden, etwa an ausreichend vielen Abrisshäusern. Die Umsiedlungsgebiete für den Braunkohletagebau wären ein hervorragendes Studienobjekt dazu. Dort könnte man wirklich einmal auf engem Gebiet die Grundleitungen freilegen, alle gängigen Schadensbilder aufnehmen und mittels Bodenproben umfassend feststellen, welches Gefährdungspotential für das Grundwasser tatsächlich in jedem Einzelfall bestand. Und diese Studien müssen dann öffentlich frei zugänglich sein, so dass Jedermann Ergebnisse und Methodik überprüfen kann. Neutrale Gutachter werden danach vermutlich finden, dass die bisher konstruierten Gefährdungsszenarien nicht haltbar sind. Aber daran hat offensichtlich weder die Politik noch die Wirtschaft ein Interesse, was kein Wunder ist, angesichts einer Umsatzerwartung für eine Branche von hohen zweistelligen Milliardenbeträgen. Auch von Seiten der EU gibt es keinerlei Anlass, in NRW oder Deutschland insgesamt einen Handlungsbedarf zu konstruieren:

„Deutschland erfüllt die EU-Vorgaben im Bereich Abwasserentsorgung vorbildlich“ aus dem 5. Bericht der EU-Kommission zur Umsetzung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie vom August 2009 „Es gibt keine europäische Richtlinie zur Dichtheitsprüfung der hauseigenen Kanalisation“ aus der Antwort vom 06.10.2009 der EU-Kommission auf eine Bürgeranfrage vom 12.09.2009 .

„Trinkwasser in Deutschland ist gut bis sehr gut“ aus der Presseinformation Nr. 18/2009 des Umwelt-Bundesamtes Kein anderes Land in Europa käme bei dieser Sachlage auf den Gedanken, einen dringenden Handlungsbedarf zum Schutz unseres Grundwassers vor häuslichem Abwasser zu erkennen. Die Behauptung, man gestalte in NRW nur eine EU-Richtlinie oder ein Bundesgesetz aus, entbehrt jeder Grundlage.

Und auch die meisten anderen Bundesländer sehen keinen Anlass für flächendeckende Maßnahmen mit starren Fristen. Dort ist jeder Bürger und jede Kommune selbst für die Funktionsfähigkeit der Kanäle verantwortlich und so muss das auch sein.

Dass die Partei der Grünen auch hier wieder reflexartig Politik betreibt, habe ich nicht anders erwartet. Dort lässt man sich leicht und gerne vor jeden Karren spannen, auf dem „Umweltschutz“ geschrieben steht. Deren Kernwähler bestehen ja auch zu einem bedeutenden Teil aus solchen Bürgern, denen es gut geht, die eine gute Ausbildung haben, die oft nicht um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen und glauben, sich den ökologischen Fundamentalismus ihrer Partei leisten zu können.

Aber weshalb die SPD sich auf einen solchen Unsinn einlässt und den vor allem auf Ebene der Landesregierung vehement verteidigt, erschließt sich mir nicht. Früher einmal war die SPD die Partei der kleinen Leute, Arbeitnehmer, Rentner, Witwen, junge Familien. Aber genau die sind besonders hart getroffen von den unverhältnismäßigen Maßnahmen, die zudem der Umwelt nicht nennenswert nutzen. Und genau die können sich in überwiegender Zahl nicht einmal so artikulieren, dass sie eine Chance hätten, in Düsseldorf gehört oder gar ernst genommen zu werden. Ich frage mich, wen Sie eigentlich heute vertreten? Ich persönlich fühle mich von der Politik der SPD verraten und in meiner Existenz und der meiner Familie bedroht.

Bitte setzen Sie sich für die Aufhebung des Gesetzes ein und helfen Sie, die

Geisterfahrt des Landes zu beenden.  
Mit freundlichen Grüßen